

**Antrag 52/I/2023****AfB Berlin****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Daseinsvorsorge muss in öffentlicher Hand bleiben - kein ÖPP beim Schulbau**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Abgeordneten-  
2 haus und im Senat werden aufgefordert sich auch zukünftig  
3 gegen Schulbaumaßnahmen in öffentlich-privater  
4 Partnerschaft einzusetzen. Solange landes- und bundes-  
5 eigene Gesellschaften weitere Teile der Schulbauoffensive  
6 kreditfinanziert umsetzen können, besteht keine Grund-  
7 lage für den risikobehafteten Weg der öffentlich-privaten  
8 Partnerschaft.

9  
10 Stattdessen soll das erfolgreiche Modell des kreditfinan-  
11 zierten Schulbaus durch landeseigene nur formell priva-  
12 tisierte Unternehmen ausgeweitet werden. Insbesondere  
13 sollen dazu folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- 14
- 15 • Anhebung des Kreditdeckels der HOWOGE zwecks  
16 vollständiger Ausfinanzierung der zugewiesenen 38  
17 Maßnahmen
  - 18 • Darüber hinaus soll die Umsetzung weiterer 15  
19 dringlicher Maßnahmen entweder durch HOWOGE  
20 oder eine weitere städtische Wohnungsbaugesell-  
21 schaft (z.B. Berlinovo) entsprechend dem Beschluss  
22 der SPD-Fraktion vom Herbst 2022 auf den Weg ge-  
23 bracht werden.
  - 24 • Prüfung der Kreditfähigkeit der BIM (Berliner Immo-  
25 bilienmanagement GmbH) mit dem Ziel eines kre-  
26 ditfinanzierten Sanierungsprogramms für die sanie-  
27 rungspflichtigen Oberstufenzentren.
  - 28 • Verhandlung mit der Bundesanstalt für Immobilien-  
29 aufgaben (BImA) mit dem Ziel, Teile der Schulbau-  
30 offensive in Zusammenarbeit mit ihr als Bundesan-  
31 stalt umsetzen zu lassen.

32

33

**34 Begründung**

35 Bei der Organisation der Schulbauoffensive in 2016 war  
36 eine zentrale Erkenntnis, dass Bezirke, die qua Gesetz für  
37 Schulbau, Sanierung und Instandhaltung zuständig sind,  
38 nach der langen Zeit des Sparens den Sanierungsstau  
39 nicht alleine bewältigen können. Als Ergebnis wurden die  
40 drei Säulen der Schulbauoffensive errichtet, mit denen ne-  
41 ben den Bezirken auch SenSBW sowie HOWOGE als zen-  
42 trale Akteure Teile der Schulbauoffensive übernehmen.

43

44 Schon damals bestand wegen der Einbindung der HOWO-  
45 GE die Sorge, dass der Schritt eine Dammbrechung für wei-  
46 tere Privatisierungsmodelle, insbesondere ÖPP, darstellt.  
47 Diesen Bedenken ist die SPD mehrfach öffentlich mit einer  
48 klaren Zusicherung begegnet, ÖPP bleibe auch in Zukunft

49 ausgeschlossen.

50

51 Auch wenn wir heute feststellen, dass die damalige Über-  
52 nahme durch SenSBW und HOWOGE nicht ausreicht und  
53 immer noch zu viele Sanierungsfälle bei den Bezirken lie-  
54 gen bzw. der Sanierungstau weiter anwächst, muss diese  
55 Zusicherung gelten.

56

57 Um endlich mehr mittlere Sanierungsfälle durch die Be-  
58 zirke abgearbeitet zu bekommen, müssen mehr Großsa-  
59 nierungen von anderen Akteuren übernommen werden.  
60 Statt aber den nachweislich extrem risikobehafteten Weg  
61 des ÖPPs zu gehen, sollen alle Möglichkeiten der landes-  
62 und bundeseigenen Gesellschaften ausgeschöpft werden,  
63 um mehr Maßnahmen kreditfinanziert in die Umsetzung  
64 zu bekommen.